

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 40 Pf., Verbandsanzeigen 25 Pf. die achtgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P 7 (Jannowitz) 6246

Nr. 9

Berlin, den 4. März 1933

41. Jahrgang

Am 5. März wird gewählt

Der 5. März ist ein Schicksalstag für das deutsche Volk. Nachdem Reichstag und Preußischer Landtag aufgelöst waren, hat die neue Reichsregierung einen Aufruf an das deutsche Volk erlassen, in welchem sie es als ihre erste und oberste Aufgabe bezeichnet, „die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wiederherzustellen“. Das ist ein schönes Ziel, aber leider können die Mittel, die angewendet werden, um dieses Ziel zu erreichen, unsere Zustimmung nicht finden.

Der Aufruf der Regierung wendet sich mit sehr heftigen Worten und mit scharfen Anklagen gegen die Regierungen, die in den letzten 14 Jahren die Geschicke Deutschlands leiteten. Auch wir haben gegen verschiedene dieser Regierungen in heftigem Kampf gestanden, manches ist in den verwichenen 14 Jahren geschehen, was uns nicht nur schwer mißfallen hat, sondern auch, objektiv betrachtet, dem Vorteil des deutschen Volkes nicht förderlich war. Aber wir können in dem Verdammungsurteil des Aufrufs nicht einstimmen.

Im Laufe der 14 Jahre sind auch Leistungen vollbracht worden, die gar nicht hoch genug gewertet werden können. Das gilt ganz besonders von der Zeit, die auf den Zusammenbruch am 9. November 1918 folgte. Damals, als Wilhelm II. nach Holland geflohen war, als das Reich in seinen Grundfesten wankte, als es der größten Anstrengungen bedurfte, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen, da hat sich die Sozialdemokratie unvergängliche Verdienste um Deutschland erworben.

Es sind später wieder schwere Tage über das deutsche Volk hereingebrochen, das sich bis heute noch nicht von den furchtbaren Folgen des Weltkrieges und den grausamen Wirkungen des uns aufgezwungenen Friedensdiktats erholt hat. Schwer leiden wir unter der Geißel der Massenarbeitslosigkeit. Aber dieses harte Geschick, das uns betroffen hat, ist nicht durch „marxistische“ Mißwirtschaft verursacht. Unter der Seuche der Massenarbeitslosigkeit leiden alle Kulturländer der Erde. Die Länder der Sieger wie die der Besiegten. In Deutschland kann sich die Sozialdemokratie rühmen, daß sie, solange sie in der Regierung mitwirkte, mit Eifer und Erfolg bemüht war, im Sinne der von den Gewerkschaften vertretenen Forderungen durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung die Wirkungen des wirtschaftlichen Notstands auf den einzelnen nach Kräften

zu mildern. Erst als sie aus der Regierung verdrängt war, ist mit dem Abbau der Leistungen aus den sozialen Versicherungen auch die Arbeitslosenversicherung so eingeschränkt worden, daß außer der Beitragspflicht wenig von ihr übriggeblieben ist.

In das Urteil, welches der Regierungsauftrag über den „Marxismus“ fällt, worunter die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verstanden werden, vermögen wir also nicht einzustimmen, und wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir die geschichtliche Wahrheit für uns haben. Wir können auch dem in diesem Aufruf enthaltenen Appell an das deutsche Volk nicht Folge leisten, „diesen Akt der Versöhnung mit zu unterzeichnen“. Dieser Appell ist eine Aufforderung, bei der Wahl am 5. März für die Regierung zu stimmen. Wir vermögen nicht anzuerkennen, daß der Aufruf ein Akt der Versöhnung sei. Er ist vielmehr eine Kampfansage gegen die Parteien, die nicht in der Regierung vertreten sind, und hinter diesen Parteien steht die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes.

Der Wahlkampf ist sonst ein Wettlauf der Parteien um die Gunst der Wähler. Jede Partei ist bemüht, durch Flugblätter und sonstige Veranstaltungen ihr Wollen und ihre Taten in das hellste Licht zu stellen. Mit dem Werben für die eigene Partei verbunden ist eine Darstellung der Sünden der anderen Parteien, die man bekämpft. Dieser Wettkampf der Parteien um den Wahlsieg ist in gewisser Hinsicht einem sportlichen Wettkampf zu vergleichen. Im Sportkampf hält es jeder für selbstverständlich, daß mit ehrlichen Waffen gekämpft, daß Licht und Sonne gleichmäßig verteilt werden. So war es auch bisher in den Wahlkämpfen in der deutschen Republik.

Diesmal ist es anders. Der Rundfunk, von dem sonst der politische Meinungsstreit möglichst ferngehalten wurde, ist jetzt völlig politisiert, er steht aber nur den Regierungsparteien zur Verfügung. Während früher in der letzten Woche vor der Wahl den Führern aller Parteien der Rundfunk an je einem Abend zu einer Ansprache eingeräumt wurde, kommt diese Möglichkeit der Werbung für die Oppositionsparteien nicht in Betracht. Um so mehr wird der Rundfunk von den Regierungsparteien in Anspruch genommen.

Ein schweres Hemmnis für die freie Meinungsäußerung ist die Verordnung „zum Schutze des deutschen

Volkes“ vom 4. Februar 1933. Durch sie werden der Presse, soweit sie nicht für die Regierungsparteien wirbt, die schwersten Fesseln auferlegt. Wie ein Damoklesschwert hängt über jeder Zeitung die Drohung des Verbots mit all den daraus folgenden ideellen und materiellen Schädigungen.

Hatte noch die ähnliche Verordnung, die unter der Regierung Papen verkündet wurde, die Möglichkeit gelassen, den Abonnenten für eine verbotene Zeitung eine andere zu liefern, so ist jetzt die Lieferung eines Ersatzblattes verboten. Dabei sind aber die Voraussetzungen für ein Verbot so formuliert, daß es auch bei der größten Vorsicht nicht möglich ist, sich gegen diese Gefahr zu schützen.

Jedes Zeitungsverbot bringt dem Verlag schwere Geldverluste; so kurz vor der Wahl bedeutet es auch eine sehr starke Beeinträchtigung der Werbetätigkeit. Eine sehr große Zahl sozialdemokratischer Zeitungen ist bereits dem Verbot zum Opfer gefallen, aber in der langen Liste von Verboten, die der „Reichsanzeiger“ täglich veröffentlicht, finden sich auch viele sonstige oppositionelle, auch eine Reihe bürgerlicher Blätter.

Zu der starken Einengung der Pressefreiheit kommt die Möglichkeit, Versammlungen und sonstige Veranstaltungen zu verbieten oder aufzulösen, wovon gleichfalls starker Gebrauch gemacht wird. Aber alle diese Maßnahmen richten sich nur

gegen die Opposition, insbesondere gegen die Eiserner Front. Die Anhänger der Regierungsparteien, insbesondere die SA.-Formationen der Nationalsozialistischen Partei, erfreuen sich weitgehender Demonstrationsfreiheit. Daher kommt es, daß die Meldungen von blütigen Zusammenstößen, von Toten und Verwundeten, von demolierten Lokalen usw. immer häufiger werden. Berichte über solche Vorgänge müssen sehr vorsichtig formuliert werden. Es ist schon vorgekommen, daß derartige Berichte, die nicht völlig mit der amtlichen Darstellung übereinstimmen, das Verbot der Zeitung zur Folge hatten.

Ob aber diese starke Propaganda der Regierungsparteien und die Behinderung der Gegenagitation den gewünschten Erfolg haben wird, möchten wir bezweifeln. Die Arbeiterschaft hat sich ihr Urteil gebildet und sie läßt sich darin auch durch die aufdringlichste Reklame nicht irremachen. Die Nationalsozialistische Partei ist nicht imstande, auch nur einen kleinen Teil der lockenden Versprechungen wahrzumachen, mit denen sie ihren Anhang geworben hat. Dem Jubel über die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler würde sehr bald der Katzenjammer folgen, wenn sich das Dritte Reich ungehemmt auswirkt. Das wollen wir verhindern. Deshalb stimmen wir am 5. März für Liste 2,

für die Sozialdemokratie!

Wie war es in den letzten 14 Jahren?

Daß die „marxistischen Novemberparteien“ 14 Jahre lang ununterbrochen und erfolgreich daran gearbeitet hätten, die deutsche Wirtschaft in einen „Trümmerhaufen“ zu verwandeln, diese Behauptung ist das Kernstück aller Regierungserklärungen, aller Kanzler- und Ministerreden, die wir in dieser Zeit vorgesetzt bekommen. Von diesen 14 Jahren sind zwar rund 9 Jahre auf das Konto rein bürgerlicher Regierungen zu setzen. Und die deutschen nationalen Minister des Herrn Hugenberg haben nicht weniger Anteil an den 14 Jahren als die sozialdemokratischen. Das ist genugsam bekannt, aber wie sieht es denn nun eigentlich mit dem angeblichen „Trümmerhaufen“ aus, der in der Nachkriegszeit in der Volkswirtschaft zusammenregiert worden sein soll?

Die Mitglieder auch der Hitlerregierung befinden sich durchweg in einem Alter, das ihnen gestatten würde, die eigenen Erinnerungen darüber zu befragen, wie es vor 14 Jahren in Deutschland aussah. Wenn sie es täten, müßte ihnen eine Ahnung darüber aufgehen, nicht nur, wie eine „Volkswirtschaft in Trümmern“ aussieht, sondern auch, welche gigantische Aufbau-

arbeit in einem Jahrzehnt geleistet worden ist. Wie aus dem Scherbenhaufen, den der Krieg hinterlassen hatte, in kurzer Zeit wieder eine lebensfähige Wirtschaft wurde, weit leistungsfähiger als vor dem Kriege, das ist als nie zuvor erlebtes Wirtschaftswunder in der ganzen Welt bestaunt worden.

Wenn aber das eigene Erinnerungsvermögen versagen sollte, so sollten es auch die gegenwärtigen Machthaber nicht verschmähen, die üblichen Werkzeuge der Erkenntnisgewinnung zu ihrer Information mit heranzuziehen. Wir empfehlen ihnen dafür zum Beispiel das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“. Die „traurige und aride Wissenschaft der Zahlen“, wie Lassalle das einmal genannt hat, paßt zwar schlecht zu dem Schwunge und dem Inhalt der Regierungsproklamationen, aber sie nimmt doch die Tatsachen aus dem Nebel der Dichtung heraus und stellt sie unter das Licht der Wahrheit.

Die Leistungen der modernen Gesamtwirtschaft spiegeln sich am besten wider im Verbrauch von Kohle und Eisen. Gleich nach dem Kriege setzten die Anstrengungen ein, um diese beiden Wirt-

chaftszweige wieder flottzumachen. In der Steinkohlenförderung schloß das Jahr 1919 nur erst mit 88,3 Millionen Tonnen ab gegen 140,7 im Jahre 1913, unter Berücksichtigung der heutigen Reichsgrenzen. Zehn Jahre später war die Leistung nahezu verdoppelt und lag bereits um 16 1/2 Prozent höher als vor dem Kriege. An Braunkohlen wurden 1929 sogar doppelt soviel gefördert als im Jahre 1913!

Die Gewinnung von Eisenerzen war 1919 auf zwei Drittel der Menge von 1913 zusammengeschrumpft. Bis 1929 wurde dieser Verlust nicht nur vollständig aufgeholt, sondern die Vorkriegsmenge bereits überschritten. Die Eisenerzeugung in den Hochöfen war 1919 nicht einmal halb so groß, als sie 1913 gewesen war. Im Jahre 1929 dagegen war der Vorkriegsstand um mehr als 20 Prozent überschritten. In ungefähr den gleichen Relationen haben sich die Produktionsleistungen auch der Walzwerke entwickelt.

Sehr schlimm sah es in der Nachkriegszeit auch in der Landwirtschaft aus. Auf allen Gebieten der Agrarerzeugung standen die Ertragnisse erheblich hinter denen der Vorkriegszeit zurück. Gegenüber dem Durchschnitt der letzten drei Vorkriegsjahre — immer im heutigen Reichsgebiet berechnet — war im Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1923 der Ernteertrag in Roggen um 35 Prozent, in Weizen um 32 Prozent niedriger. Statt 18,5 Millionen Stück Rindvieh im Jahre 1913 waren 1922 nur 16,3 Millionen vorhanden. Die Zahl der Schweine war sogar von 22 1/2 auf 14 1/2 Millionen zurückgegangen, das Federvieh von 71,9 auf 65,2 Millionen Stück.

Ende 1931 dagegen war der Rindviehbestand um fast 1 Million, der Schweinebestand um 1,3 Millionen, der Bestand an Federvieh um 22 1/2 Millionen größer als 1913. Die durchschnittliche Weizenernte in den letzten Jahren entspricht ungefähr wieder der der Vorkriegszeit. Wenn die Erzeugung von Roggen noch um etwas zurücksteht, so nur deshalb, weil die Ernte in der alten Höhe überhaupt nicht mehr absetzbar wäre.

Um noch einige andere Daten aus der Zeit, in der die deutsche Wirtschaft zertrümmert wurde, zu nennen: von 1925 bis 1929 stieg der Güterverkehr der Reichsbahn von 408,7 auf 485,9 Millionen Tonnen. Die gesamten volkswirtschaftlichen Umsätze gingen in derselben Zeit von 132 auf 217 Milliarden Mark hinauf. Die Ausfuhr stieg von 8,9 auf 13,5 Milliarden Mark, und das Außenhandelsdefizit von fast 3 Milliarden Mark im Jahre 1925 wurde bis 1931 in einen ebensogroßen Überschub verwandelt.

So sieht die Wahrheit aus. Zertrümmerung der Wirtschaft? Ja, durch den wahnsinnigen Krieg, der von denselben Kreisen entfesselt wurde, die sich heute wieder oben auf fühlen. Und dann gab es noch einmal eine wirkliche Zertrümmerungsperiode, die Zeit nämlich vom Herbst 1922 bis zum Herbst 1923, in der das Kabinett Cuno als ein Vorläufer der nationalen Regierungen von heute amtierte, die Zeit, in der die Währung vernichtet wurde und schließlich fast die ganze Wirtschaftsmaschinerie zum Stehen kam.

Nach diesem katastrophalen „nationalen“ Jahr gingen die „Marxisten“ wieder in die Regierung. Ein sozialdemokratischer Finanzminister erzwang das Ende der Inflation und den Wiederaufbau einer festen Währung. Und dann vollzog sich der glänzende Aufstieg der Wirtschaft, von dem die mizgeteilten statistischen Tatsachen zeugen.

Wenn dann mit dem Jahre 1930 der Aufstieg unterbrochen wurde und in einem jähen Absturz umschlug, so hätten es nach der Nazilogik die „Marxisten“ außerordentlich leicht, darauf zu verweisen, daß just in diese Zeit die Sozialdemokraten aus der Regierung herausgedrängt wurden. Aber das wäre unehrlich. Jedes Kind weiß doch gerade, daß die fürchterliche ökonomische Krise eine Weltangelegenheit ist, mit der keine Regierung in irgendeinem Lande fertig geworden ist. Der Mechanismus des kapitalistischen Systems ist nicht nur funktionslos geworden, er ist zerbrochen. Die Wirtschaft selbst, weit davon entfernt, ein „Trümmerhaufen“ zu sein, ist aufs glanzendste und üppigste ausgestattet mit allem, was zur ausreichenden Versorgung der gesamten Bevölkerung gehört.

Alle Versuche aber, diesen Reichtum zu mobilisieren, scheitern am kapitalistischen System. Die Zeit ist reif geworden für den Sozialismus der Tat.

Die Machthaber von heute berauschen sich einstweilen an politischer Diktaturspielen. Hinter den Rausch aber hat das Schicksal den Katzenjammer gesetzt. „Eines Tages werden die verfügbaren Stellen besetzt, die Umzüge verrauscht, der Siegesjubel verklungen sein. Die Lohntüte aber wird den nämlichen mageren Inhalt haben wie bisher, die Unterstützungssätze werden keineswegs höher sein, die Armeen der Arbeitslosen kann sich nur ganz allmählich vermindern.“ So schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die man ja wohl als offiziöses Blatt der gegenwärtigen Regierung bezeichnen kann. Sie schrieb es zwei Wochen nach dem Amtsantritt dieser Regierung und hat die Probleme, vor die diese gestellt ist, zweifellos ebenso nüchtern wie treffend charakterisiert.

Der Stand unserer Wirtschaft drängt ungestüm zum Sozialismus. Die Regierung Hitler-Hugenberg, die letzte Reserve der kapitalistischen Verteidigungsarmee, muß und wird scheitern in dem Versuch, mit kapitalistischen Methoden die Wirtschaft wieder zur Funktion zu bringen. Daß andere Methoden nicht beabsichtigt sind, beweist am besten die Ernennung Hugenbergs zum Generalbevollmächtigten der gesamten Wirtschaftspolitik des Kabinetts. Daß diese Regierung an der Wirtschaftspolitik und damit der Unfähigkeit, die sozialen Probleme lösen zu können, scheitern wird, darauf dürfen wir zuversichtlich bauen.

In dieser Zuversicht und in dem Bewußtsein, daß eine Erbschaft auf sie wartet, geht die sozialistische Arbeiterschaft am 5. März zur Wahlurne und wählt Liste 2!

Fritz Tarnow.

Krisenbilanz der Weltproduktion

Im Jahre 1932 war die industrielle Weltproduktion kleiner als je einmal in den letzten 10 Jahren. Setzt man die im Jahre 1928 erzeugte Warenmenge gleich 100, so ergibt sich für 1932 eine Indexzahl von 74. Damit sind wir wieder auf den Vorkriegsstand zurückgeworfen, dieser ist sogar um 11 Prozent unterschritten, wenn die um 13 Prozent seither gewachsene Bevölkerung berücksichtigt wird.

Der Produktionsrückgang hat in den einzelnen Ländern nicht gleichzeitig begonnen, wie aus einer Veröffentlichung des Instituts für Konjunkturforschung hervorgeht. Zuerst wurden die mitteleuropäischen Industriegebiete von der Krise erfaßt. Voran Polen, das schon 1929 seine industrielle Warenerzeugung gegenüber dem Vorjahr nicht mehr erhöhen konnte. In Belgien, Deutschland, Österreich, Ungarn und in der Tschechoslowakei war in diesem Jahr die Zunahme nur noch sehr klein. Das folgende Jahr, 1930, zog dann auch die meisten außer-europäischen Länder mit in die Wirtschaftskrise hinein, die nun zur Weltkrise wurde. Zu diesen Ländern gehören u. a. die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Chile. Einige Länder schließlich, die entweder kapitalmäßig begünstigt sind, wie Frankreich und Schweden, oder die mit besonderer Anstrengung am Aufbau einer nationalen Industriegewirtschaft arbeiten, beispielsweise der Australische Bund, Britisch-Indien, die Südafrikanische Union, erreichte das Schicksal erst 1930 oder gar erst 1931. Ihren tiefsten Stand fand die industrielle Weltproduktion im Spätsommer 1932; seitdem ist eine kleine Produktionssteigerung zu bemerken, wenigstens in der Statistik.

Sehr aufschlußreich ist der Produktionsrückgang nach Ländern. Er betrug vom Jahr der höchsten bis zum Jahr der niedrigsten Produktion in Prozenten: in Polen 48,0, in den Vereinigten Staaten von Amerika 46,7, in Deutschland 43,6, in Kanada 37,4, in Chile 35,7, in Frankreich 32,1, in Österreich 30,4, in Ungarn 30,1, in Belgien 29,7, in Italien 29,7, in Großbritannien 16,0, in Japan 7,3, in Britisch-Indien 7,1. Deutschland steht also an dritter Stelle. — Von der Weltwirtschaftskrise sind die alten und die neuen Industrieländer betroffen worden, freilich sehr unterschiedlich, wie aus den mizgeteilten Zahlen hervorgeht. In Britisch-Indien und Japan, wo der Produktionsrückgang nur reichlich 7 Prozent beträgt, ist die Krisenintensität

Mal herhören, ihr Herren!

Die Drohung, den „Marxismus“ mit Stumpf und Stiel auszurotten, gilt auch den Gewerkschaften, denn sie sollen sogar die wichtigste Stütze des „Marxismus“ sein. Was wir heute in Deutschland staats- und polizeirechtlich erleben, ist erst der Anfang, der Hauptschlag gegen den „Marxismus“ wird nach dem 5. März geführt, so ist es täglich in „nationalen“ Zeitungen zu lesen und in ebensolchen Versammlungen zu hören. Von uns aus ist dazu nur eins zu sagen: Bange machen gilt nicht!

Aber davon soll in diesem Zusammenhang nicht weiter die Rede sein. Es soll hier heute ein Mann zu Worte kommen, der klassenmäßig und weltanschaulich ein Gegner der sozialistischen Bewegung ist: Graf Hermann Keyserling. Dieser Mann ist einer der Gebildetsten des deutschen Großbürgertums und er hat den Mut, seine Überzeugung auch dann auszusprechen, wenn diese seiner bürgerlichen Mitwelt nicht gefällt. Das tut er auch jetzt wieder, und zwar in der hitlerbegeisterten „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, wo er sich mit dem „Neuaufbau des Reiches“ beschäftigt. Graf Keyserling wendet sich gegen die Agitationslüge von der Schuld des „Marxismus“ an dem Elend unserer Zeit. „Die Wahrheit liegt vollkommen anders. Der heutige Zustand ist wesentlich weder Folge der Niederlage (im Weltkrieg) noch des Marxismus. Im Gegenteil: die Niederlage war Folge, und die marxistische Vorherrschaft war Folge und nicht Ursache.“

Mit anderen Worten heißt das: die sozialistische Arbeiterbewegung mußte entstehen und ständig wachsen als Folge des Versagens von Gesellschaft und Staat der Arbeiterschaft gegenüber. Der Arbeiter galt früher weniger als ein Stück Vieh, er war von den Segnungen des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts ausgeschlossen. Was er an Geltung und Ansehen in Staat und Gesellschaft im letzten halben Jahrhundert erlangt hat, verdankt

er in erster Linie den Gewerkschaften. Weil dem so ist, schreibt Graf Keyserling:

„Gegenüber dem Gewerkschaftswesen ist der Marxismus ein völlig Oberflächliches; er ist eine ganz junge zeitbedingte Erscheinung und mag insofern vielleicht wirklich auszurotten sein. Dies wird aber gerade dem am wenigsten gelingen, der die Sozialdemokratie als solche bekämpft. Zusammen mit dem Zentrum hat die Sozialdemokratie, soweit breitere Schichten in Frage kommen, die tiefsten und deutschesten Wurzeln. Deswegen kann sie an der Unterdrückung und Verfolgung nur erstarken.“

Wer gegen eine so tief in den Volksmassen wurzelnde und durch und durch deutsche Bewegung den Kampf aufnimmt, wird sein blaues Wunder erleben. Das ist auch die Überzeugung des Grafen Keyserling. Er wendet sich lebhaft gegen die geplante Gewaltherrschaft, die hohnhaft „nationale Erhebung“ genannt wird. Wörtlich schreibt er:

„Und eine Politik, die den Nationalismus dauernd als Parteiprogramm, sei es im Sinne eines restaurierenden wilhelminischen oder in dem eines art- und blutmäßigen Deutschlands festlegte, würde zwangsläufig den schlimmsten Bruderkrieg entfachen, der jemals Deutschland verheerte. Furchtbaren Haß muß die bloße Zumutung entfachen, daß, wer nicht für bestimmte Parteien stimmt, deshalb nicht ‚deutsch‘ sei. Und hier wage ich wieder einmal zu prophezeien — noch haben mich die Ereignisse selten Lügen gestraft!“

Kommt es zu solchem Bruderkampf, dann werden die Linksparteien siegen, denn in ihnen lebt die ältere Tradition.“

Jawohl, die Arbeiterschaft wird siegen, wenn ihr der Kampf aufgezwungen wird! Und sie wird ihren Sieg dann besser auszuwerten wissen als im November 1918! Darüber sollten ihre Gegner sich keiner Täuschung hingeben. Sie sind gewarnt!

besonders auf die gute Beschäftigung der Produktionsmittelindustrien zurückzuführen. Diese und noch einige andere große Länder haben in den letzten Jahren ihre Produktionsanlagen in einem Umfang ausgebaut, daß sie mit den alten Industriestaaten bald jede Konkurrenz aufnehmen werden können.

Ein paar nackte Tatsachen

Die Hitler-Regierung hat in den wenigen Wochen ihres Daseins folgende Zollerhöhungen beschlossen:

	Je Doppelzentner	
	von 10	auf 50 Mk.
Schmalz	30	90
Tafelkäse	60	90
Eingedickte Milch	65	80
Bienenhonig	8	30
Speiseerbsen	3	8
Rot- und Weißkohl	7	20
Salatköpfe	20	60
Karpfen u. andere Fische	5	10
Futterbohnen	27	50
Lebendes Rindvieh	22	45
Lebende Schafe	27	50
Lebende Schweine	45	100
Schweinefleisch	60	150
Schweinefleisch	120	280

Wer da will, daß diese „Arbeit“ fortgesetzt werde, der wähle die Regierungsparteien. Wer das nicht will, der wähle Liste 2.

Abbau des Arbeitsministeriums

Gleich nach der Übernahme des Reichsarbeitsministeriums durch den Stahlhelmführer Seldte, war davon die Rede, daß wichtige Arbeitsgebiete von diesem Ministerium abgetrennt und dem von Herrn Hugenberg verwalteten Wirtschaftsministerium zugewiesen werden sollen. Von diesen Plänen ist es seither still geworden. Sie sind aber nicht aufgegeben, sondern nur bis nach den Wahlen vertagt. Nach einer Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ sind die Entscheidungen bereits getroffen. Hiernach soll das Reichsarbeitsministerium künftig im wesentlichen nur die Fragen der Versorgung und des Arbeitsdienstes bearbeiten. Das Arbeitsrecht, der Arbeitsschutz, die Lohnpolitik, das Tarifvertrags- und das Schlichtungswesen sowie die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung werden nicht mehr im Reichsarbeitsministerium behandelt wer-

den. Man werde sie einem Kommissariat unterstellen, dessen Oberleitung dem Wirtschafts- und Ernährungsminister Hugenberg zugedacht ist.

Dieser Abbau des Reichsarbeitsministeriums liegt auf der gleichen Linie wie die von den Reichskommissaren durchgeführte Beseitigung des Volkswohlfahrtsministeriums in Preußen. Die Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter am lebhaftesten interessieren, sollen mehr beiläufig behandelt und erledigt werden. Dabei will es nicht viel besagen, daß diese Angelegenheiten künftig zu dem Ressort des Herrn Hugenberg gehören, von dem man weiß, daß er kein Freund der Sozialpolitik ist. Über die Einstellung des Herrn Seldte zur Sozialpolitik ist wenig bekannt, aber aus der Tatsache, daß er würdig befunden wurde, in das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg aufgenommen zu werden, lassen sich Schlüsse ziehen. In bezug auf die Stellung zur Sozialpolitik dürfte zwischen Herrn Hugenberg und Seldte kein sehr großer Unterschied bestehen.

Erleichterung für Kriegsgesopfer

Die Verordnung „zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung“ vom 18. Februar hebt nur einen sehr bescheidenen Teil der Härten auf, welche frühere Verordnungen gebracht haben. An den mageren Bezügen der Arbeitslosen wird nichts geändert, nur das große an den Kriegsgesopfern begangene Unrecht wird zu einem kleinen Teil rückgängig gemacht. Bisher ruhten für Kriegserrentenempfänger, die gleichzeitig Anspruch auf eine Rente aus der Sozialversicherung, z. B. Invaliden- oder Angestelltenversicherung hatten, diese Renten. Nunmehr sollen neben den Kriegserrenten auch die Renten aus der Sozialversicherung mit mindestens einem Drittel gezahlt werden. Der Abzug darf höchstens 50 Mk. monatlich betragen. Der Anspruch auf Kinderzulage und Waisenrente, die bisher bis zum 15. Lebensjahr gezahlt wurde, ist bis zum 16. Lebensjahr ausgedehnt worden. Für die Kinder, die in der Berufsausbildung stehen, kann die Beihilfe wie bisher bis zum 21. Lebensjahr gewährt werden. Die Verordnung tritt am 1. April in Kraft.



Aus dem Verbandsleben



Um die Gesundung des Holzgewerbes

Die Bewegung unter den Unternehmern der Möbelindustrie und des Möbelhandels zur Bekämpfung der Schädlinge in den eigenen Reihen nimmt größeren Umfang an. Von der Kundgebung der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin am 2. Februar und der dort gefaßten Entschliebung, die darin gipfelt, den Möbelgroßhandelspreis um mindestens 20 Prozent zu erhöhen und der Preisschleuderei mit energischen Maßnahmen zu Leibe zu gehen, haben wir Notiz genommen. In ähnlicher Weise wie die genannte Organisation hat auch eine Reihe anderer maßgebender Organisationen der Möbelfabrikanten und der Möbelhändler Stellung genommen.

Wir haben diese Bewegung begrüßt und dabei bemerkt, daß der Kampf gegen die Preisschleuderei nur erfolgreich geführt werden kann in Verbindung mit einem Kampf gegen die Lohnanarchie. Das deutsche Holzgewerbe, das vom Syndikus Haertlein herausgegebene Organ der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie (Vabeho), lehnt diese Auffassung ab. Das Blatt zitiert ein Buchstück aus dem Artikel, den wir unter der Überschrift „Eine Lohnbewegung der Holzindustriellen“ in Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht haben, und bemerkt dazu:

„In dem letzten Punkt irrt der Holzarbeiter-Verband, weil er in die tatsächlichen Verhältnisse keinen Einblick hat. Heute — wir betonen: heute! — ist die Lohnhöhe leider kein Preisregulator mehr in unserem Gewerbe, sondern unter dem Druck der Not von vielen Herstellern die Ware weit unter Herstellungskosten und von vielen Händlern unter dem Einkaufspreis verkauft wird. Dazu kommt die Einwirkung der Konkurrenz und des Vergleichsverfahrens. Wer 20 Prozent seiner Schulden plötzlich loswird, ist dem, der seine Schulden glatt zahlen muß, ein gefährlicherer Konkurrent als ein Betrieb mit geringeren Löhnen.“

Herr Haertlein ist hiernach der Meinung, daß die Lohnhöhe kein Preisregulator mehr in unserem Gewerbe sei, auf die Lohnhöhe könne es seiner Meinung nach nicht ankommen. Andere Unternehmersyndikate denken darüber anders. Wir verweisen auf den Kampf, den unser Verband zur Zeit in der Stuhlindustrie in Rabenau zu führen gezwungen ist. Hier wollen die Unternehmer den Lohn von 75 auf 64 Pf. herabsetzen. Diese Absicht haben sie angekündigt durch einen Anschlag in den Betrieben, in dem es heißt: „Es ist eine logische Folgerung, wenn ein großer sächsischer Stuhlbezirk wie Geinitzswalde 10 Pf. weniger Lohn zahlt als im sächsischen Bezirk, daß die gesamte Industrie von Rabenau und Umgegend innerhalb ganz kurzer Zeit noch vollends zugrunde gehen muß.“

Wir wollen auf die Angaben über die Lohnhöhe in diesem Zusammenhang nicht eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß die Unternehmer, die hinter diesem Anschlag stehen, doch der Lohnhöhe eine sehr große Bedeutung beimessen. Unterzeichnet ist der Anschlag vom Schutzverband der Stuhl- und Möbelindustriellen in Rabenau und Umgegend, der unseres Wissens zu der Klientel des Syndikus Haertlein gehört. Dieser Schutzverband unterhält auch sicher enge Beziehungen zu dem Verband deutscher Stuhlfabrikanten, dessen Syndikus Hahn zugleich Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Holzindustrie ist.

Der Verband deutscher Stuhlfabrikanten ist zugleich mit der Vereinigung der Engrös-Möbelfabrikanten und einigen anderen wirtschaftlichen Verbänden der Möbelindustrie den Aufruf unterzeichnet, der sich unter der Überschrift: „Wollt die Möbelindustrie sich selbst zugrunde richten?“ sehr energisch gegen die im Möbelhandel einsetzende Preisschleuderei richtet. Diese Bestrebungen haben unseren Beifall und

verdienen volle Unterstützung. Aber wie wollen die Unterzeichner des Aufrufs diese Bestrebungen vereinbaren mit dem unerhörten Lohndruck, den sie treiben?

Bei den Verhandlungen, die unsere Kollegen wegen der Lohnabbauforderungen der Unternehmer zu führen gezwungen sind, begegnen sie nicht selten dem Hinweis, daß der Unternehmer selbst eine Lohnsenkung gar nicht für erforderlich hält, aber er sei dazu gezwungen durch die Anordnung seines Verbandes. In solchen Anweisungen an die Mitglieder, die Löhne zu senken, ohne daß dazu eine wirtschaftliche Notwendigkeit vorliegt, ist der Herr Syndikus Hahn in Dresden besonders produktiv.

Ein anderer Einwand, dem man namentlich in Betrieben begegnet, die Qualitätsmöbel herstellen, geht dahin, daß die Unternehmer erklären, eine Lohnsenkung sei ihnen selbst sehr unangenehm, aber sie seien dazu gezwungen durch die Konkurrenz der Firma Ruschewy in Langenöls, die die Löhne ganz fürchterlich heruntergehunzt habe. Der Leiter dieses Betriebes, der sich durch unerhörten Lohndruck einen nicht sehr rühmlich genannten Namen in der deutschen Möbelindustrie gemacht hat, ist Herr Carl Fischer, der den erwähnten Aufruf namens der Vereinigung der Engrös-Möbelfabrikanten unterzeichnet hat.

Hierzu noch eine mehr beiläufige Bemerkung. In dem mehrerwähnten Aufruf ist u. a. gesagt, die Möbelpreise lägen zur Zeit 42 Prozent niedriger als 1928. Herr Haertlein meint, daß diese Zahl falsch sei, er glaubt, daß gegenüber den Preisen von 1928 eine tatsächliche Senkung von 89,8 Prozent eingetreten sei. Uns möchte es scheinen, als ob durch solche Übertreibungen der Sache ein schlechter Dienst erwiesen würde. Wird doch dadurch das kaufende Publikum geradezu veranlaßt, Betrachtungen über die ungeheuren Gewinne anzustellen, welche hiernach die Möbelfabrikanten und -händler bis zum Jahre 1928 erzielt haben müßten.

Doch das nebenbei. Uns war es besonders um den Hinweis zu tun, daß es nicht angängig ist, bei einer Bewegung, die auf die Gesundung der Möbelindustrie gerichtet ist, die Lohnfrage so wegwerfend zu behandeln. Wir wissen die Bedeutung, welche die Auswüchse im Handel für die ungesunden Zustände im Gewerbe haben, wohl zu würdigen. Aber mit der Bekämpfung dieser Auswüchse ist es nicht getan. Auch im Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter muß wieder eine feste Regelung Platz greifen. Wie will man vor dem Publikum bestehen, dem man begreiflich zu machen sucht, daß die Möbelpreise um mindestens 20 Prozent erhöht werden müssen, wenn gleichzeitig die Löhne unaufhörlich gesenkt werden? Das Gewerbe kann nur gesunden, wenn auch den Arbeitern anständige Löhne gesichert werden.

Unternehmer gegen Freiwilligen Arbeitsdienst

Aus einer Zuschrift des Vereins oldenburgischer Holzinteressenten an das oldenburgische Staatsministerium, die im „Holzmarkt“ abgedruckt wird, ist zu entnehmen, daß in dem Sägewerk Sandkrug bei Oldenburg, das dem Ministerialoberinspektor Gräß gehört, der Freiwillige Arbeitsdienst mit dem Sägen von Kantholz und Brettern von Rundholz aus den Staatsforsten beschäftigt ist. Das Sägewerk ist für diesen Zweck für längere Zeit gepachtet. Die Arbeit wird von dem früheren Besitzer des Werks, Heins, geleitet, der durch dauernde Preisunterbietungen in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist. In der Eingabe des Vereins oldenburgischer Holzinteressenten heißt es nach Feststellung dieses Tatbestandes weiter:

„Bei aller Anerkennung der Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes können wir jedoch keineswegs dulden, daß dieser dazu Verwendung findet, den noch vorhandenen, mühsam um ihre Existenz ringenden Sägewerken den letzten Gnadenstoß zu geben.“

Der Zweck des Freiwilligen Arbeitsdienstes wird durch solche Einstellung vollständig verkannt, denn es ist doch selbstverständlich, daß durch die Entziehung solcher Arbeiten durch den FAD, dieselbe Anzahl Arbeiter in den Privatsägewerken entlassen werden muß und demnach der eigentliche Zweck, Einstellung von Arbeitskräften, vollständig illusorisch wird. Fachleute der Sägewerkindustrie werden entlassen und ungelernete Arbeiter vom FAD. zu diesen Arbeiten verwendet. Daß dadurch eine erhebliche Verteuerung dieser Arbeiten eintritt, dürfte ohne weiteres klar sein.“

Der „Holzmarkt“ findet starke Worte gegen diesen Mißbrauch des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Er betrachtet den Vorgang unter dem Gesichtspunkt der Unternehmer, denen auf diese Weise Arbeits- und Verdienstmöglichkeit genommen wird. In gleichem oder noch höherem Maße sind aber auch die Arbeiter geschädigt. Ob, wie es in der Eingabe heißt, die durch den Freiwilligen Arbeitsdienst hergestellten Arbeiten teurer werden, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls steht zu befürchten, daß die Unternehmer daraus einen Vorwand nehmen, um die ohnehin unerträglich niedrigen Löhne der Sägewerksarbeiter noch weiter zu drücken. Deshalb möchten auch wir wünschen, daß dem Verlangen der Unternehmer Rechnung getragen und die Arbeiten des Freiwilligen Arbeitsdienstes in dem Sägewerk eingestellt werden.

Streikbrechervermittlung durch den Stahlhelm

Unsere Ortsverwaltung in Nürnberg hatte Veranlassung, gegen die Arbeitsvermittlung des Stahlhelms Stellung zu nehmen, der bestreikte Unternehmungen mit Streikbrechern belieferte. Bei der allgemeinen Bedeutung der Sache hat sich der Ortsausschuß des ADGB, beschwerdeführend an das Arbeitsamt gewandt. Ihm ist nun die Abschrift des Bescheides des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Bayern an den Vorsitzenden des Arbeitsamtes Nürnberg zugegangen.

Es wird darin auf die Mitteilung der Hauptstelle der Reichsanstalt verwiesen, die bei der unklaren Rechtslage noch das auf Grund einer Kammergerichtsentscheidung ergehende Urteil des Amtsgerichts Berlin-Mitte abwarten will, um zu entscheiden, ob es sich beim Stahlhelm um eine nichtöffentliche, nichtgewerbsmäßige Einrichtung handelt, auf welche, wie einige Gerichte entschieden haben, § 49 AVAVG. nicht angewendet werden kann.

Der erwähnte § 49 besagt: „Nichtgewerbsmäßige Einrichtungen (für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung), deren Träger eine politische Partei oder parteipolitische Organisation ist, sind unzulässig.“

Die Auffassung der erwähnten Gerichte geht offenbar dahin, daß es sich bei der Arbeitsvermittlung des Stahlhelms um eine nichtöffentliche Tätigkeit handelt, auf welche der erwähnte § 49 nicht anwendbar ist. Der Präsident des Landesarbeitsamtes ist aber der Meinung, daß eine „nichtöffentliche“ Einrichtung nicht mehr anerkannt werden könne, „wenn z. B. in Tageszeitungen vom Stahlhelm an die Arbeitgeber, allgemein die Bitte gerichtet wird, deutschgesinnte Arbeitnehmer einzustellen und sich zu diesem Zweck, der Vermittlungseinrichtungen des Stahlhelms zu bedienen“. In solchen Fällen wäre ein Vorgehen angezeigt, aber die Hauptstelle hält es auch dann für zweckmäßig, auf die beteiligten Kreise durch nachdrückliche, „aber in der Form verbindliche Hinweise“ einzuwirken, ohne daß ein Strafverfahren erforderlich ist.

Der Präsident empfiehlt dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes, mit der örtlichen Stahlhelmorganisation persönlich Rücksprache

zu nehmen und sie zu veranlassen, ihre Vermittlungstätigkeit bis zur endgültigen gerichtlichen Entscheidung auf ihren Mitgliederkreis zu beschränken. Zum Schluß bemerkt der Präsident noch, daß die Frage, ob der Stahlhelm eine parteipolitische Organisation ist, stark umstritten sei. Ein von der Münchener Polizeidirektion im November 1928 eingeholtes Gutachten hat die Frage verneint.

Über die moralische Seite der Streikbrechervermittlung durch den Stahlhelm äußert sich der Präsident des Landesarbeitsamtes nicht, das ist verständlich. Aber auch die Rechtslage ist noch nicht ganz klar. Wichtiger aber als die gerichtlichen Entscheidungen wird es sein, ob die proletarischen Mitglieder des Stahlhelms es mit ihrer Ehre als Arbeiter vereinbaren können, sich zu Objekten des traurigen Gewerbes des Menschenhandels herzugeben.

Der Abwehrkampf in Fürth

Der Streik begann Anfang Januar, als zwei Betriebe, die vor Weihnachten geschlossen worden waren, wieder Arbeiter beim Arbeitsamt anforderten, ihnen aber auf Anweisung des nordbayerischen Arbeitgeberverbandes den Lohn von 86 Pf. auf 78 Pf. herabsetzen wollten. Dieser Kampf hat sich inzwischen auf einige weitere Betriebe ausgedehnt. Ein Versuch des Landeschlichters, zwischen den beiderseitigen Organisationen zu vermitteln, blieb erfolglos. Die Unternehmer bemühen sich eifrig um Streikbrecher, und sie haben auch einige aufbauwillige Elemente aus dem Lager des Stahlhelms und der Nazis gefunden. Die Streikbrecher sind mit Löhnen zufrieden, die noch unter dem Diktat des Arbeitgeberverbandes liegen, ihre Arbeit ist aber auch danach. Die Streikenden sehen dem Fortgang der Dinge mit Zuversicht entgegen.

Aussperrung in Rabenau

Der Kampf in der Stuhlindustrie in Rabenau und Umgegend nimmt einen größeren Umfang an; außer den Betrieben in Rabenau haben auch einige Unternehmer in dem benachbarten Ölsa die Arbeiter ausgesperrt, weil sie sich dem Lohn-diktat nicht fügen wollen. Die Unternehmer wollen den Lohn, der nach wiederholten Abzügen auf 75 Pf. herabgedrückt war, noch weiter, auf 64 Pf. an der Spitze senken. Die Kollegen sind entschlossen, sich bis auf das äußerste gegen diesen Lohnabbau zu wehren. Sie befinden sich hierbei in voller Übereinstimmung mit den arbeitslosen Kollegen, die in einer gut besuchten Versammlung den Abwehrkampf begrüßten und den Ausgesperrten ihre Solidarität bekundeten.

Säger in Mecklenburg-Schwerin

Das mit dem Arbeitgeberverband vereinbarte Lohnabkommen ist von beiden Parteien angenommen worden. Hiernach beträgt der Tariflohn des über 20 Jahre alten Platzarbeiters in den fünf Ortsklassen 56, 53, 51, 48 und 45 Pf. Die Zuschläge für Gatterschneider und Maschinenarbeiter bleiben in der seitherigen Höhe. Dieses Abkommen gilt bis zum 30. September. Mit dieser Vereinbarung ist auch der Streik bei der Firma Müller in Neustadt-Glewe nach fünfwöchiger Dauer beendet. Dort hatten die Kollegen wegen weitgehender Lohnabzüge die Arbeit eingestellt.

Leistenfabriken in Mecklenburg

Für die Gold- und Kehlleistenfabriken in Mecklenburg-Schwerin ist ein neues Lohnabkommen getroffen worden, welches den Tariflohn des über 22 Jahre alten Facharbeiters in den beiden Ortsklassen auf 77 und 69 Pf. festsetzt. Das Abkommen gilt bis zum 30. Juni 1933. Praktische Bedeutung hat es zur Zeit nur für die Goldleistenfabrik in Grabow, da die anderen Betriebe stillgelegt sind.

Mit Lesefreien dieser Nummer ist der 9. Monatsbeitrag fällig



Holzindustrie



Erhöhung der Holzzölle

Im Lager der Waldbesitzer herrscht großer Jubel. Sie haben die seit langem und so stürmisch geforderte Holzollerhöhung jetzt endlich durchgesetzt, wenn auch nicht restlos, so doch in einem Umfang, den sie selber nicht für möglich gehalten haben. Daran ändert es nichts, daß sie öffentlich so tun, als seien die neuen Zollsätze erst eine kleine Abschlagszahlung, der bald weitere Erhöhungen folgen müßten.

Die Verordnung der Hitler-Regierung vom 17. Februar 1933 bringt für die Zolltarifgruppe „Erzeugnisse der Forstwirtschaft“ zwölf neue Zollerhöhungen. Im einzelnen treten folgende Änderungen ein:

Alte und neue Zollsätze.

Nr. und Warenbezeichnung des Zolltarifs	Bisheriger Zollsatz je Festmeter in Mk.	Neuer Zollsatz
74. Bau- und Nutzholz, unbearbeitet; anderes Holz als Hainbuche, Esche, Ahorn, Nußbaum, Hickory und Obstbäume	2,16	3,24
Nadelrundholz über 7 m lang und über 22 cm am schwächeren Ende stark	0,72	2,40
75. In der Längsrichtung beschlaenes Holz anderes Holz als Hainbuche usw.	8,—	12,—
Nadelholz	6,—	9,—
76. Schnittholz; anderes Holz als Hainbuche usw.	16,—	24,—
Nadelschnittholz, ausgenommen Kistenbretter	6,—	15,—
80. Eisenbahnschwellen aus hartem Holz	8,—	9,60
81. Holzplasterklötze aus hartem Holz	2,50	3,50
82. Naben, Felgen, Speichen	16,—	28,—
83. Faßholz aus hartem Holz, außer Eiche	8,—	24,—
aus weichem Holz	3,—	15,—
Holzmehl und Holzwalze	4,—	15,—

*) Zollsatz je Doppelzentner.

Die wichtigsten Zollerhöhungen sind die für Nadelrund- und Nadelschnittholz, denn diese Sortimente machen (wenn man vom Papierholz absieht, das uns als Holzarbeiter nicht unmittelbar interessiert) den Hauptteil der deutschen Holzeinfuhr aus. Diese Hölzer werden wir auch in Zukunft einführen müssen, trotz allen Geredes von der Möglichkeit, den deutschen Holzbedarf aus dem heimischen Wald decken zu können.

Für Nadelrundholz betrug der Zoll bisher 72 Pf. je Festmeter, künftig beträgt er 2,40 Mk. Das ist eine mehr als dreifache Erhöhung. Praktisch bedeutet der neue Zollsatz, daß der Rohstoff für unsere Sägewerke mit einem Wertzoll von 10 bis 13 Prozent belastet ist. Die Folge davon wird sein, daß so gut wie kein stärkeres Rundholz mehr eingeführt werden kann. Welche Auswirkungen dies auf die deutschen Rundholzpreise und die Beschäftigungsmöglichkeiten der Sägewerke haben wird, muß abgewartet werden, wir fürchten aber, daß die Befürworter der Zollerhöhungen im Lager der Sägewerksunternehmer noch ihr blaues Wunder erleben werden.

Auch die Erhöhung des Schnittholzzolles wird für sie auf die Dauer keine reine Freude sein. Im „Deutschen Forstwirt“ wird zwar prophezeit: „Mit der nunmehrigen Höhe des Schnittholzzolles wird zweifellos ein wesentliches Aufleben der schwer darniederliegenden deutschen Sägewerke verbunden sein.“ Das ist eine leere Redensart, und es wird eine bleiben. Geht man von dem durchschnittlichen Einfuhrpreis für Nadelschnittholz im Jahre 1932 aus, dann bedeutet der Zollsatz von 15 Mk. je Festmeter eine Wertbelastung von 44 Prozent. Und selbst wenn es den Waldbesitzern gelingen sollte, die deutschen Holzpreise auf die wahnsinnige Höhe von 1926 zu treiben, dann sind 15 Mk. immer noch 30 bis 35 Prozent des Wertes. Ein solcher Zoll auf einen lebenswichtigen Rohstoff ist heller Wahnsinn! In absehbarer Zeit schon wird sich zeigen, daß diese Zollerhöhungen alles andere als „eine nationale Tat“ sind.

In dieser Überzeugung kann uns auch die Begründung nicht wankend machen, mit der die Hitler-Regierung ihre Maßnahmen der Öffentlichkeit schmuckhaft machen will. Es heißt in der amtlichen Veröffentlichung:

„Diese Zollerhöhung war notwendig, um der schwer notleidenden deutschen Forstwirtschaft in stärkerem Maße, als das bisher möglich war, den deutschen Markt zu sichern und überflüssige Einfuhren fernzuhalten. Die durch diese Maßnahme zu erwartende Verbesserung des Absatzes für deutsches Holz wird auch zu einer günstigen Beeinflussung der Preise führen, die zur Zeit nur etwa auf der Hälfte der Friedenspreise liegen. Dadurch wird nicht nur der privaten Forstwirtschaft geholfen, sondern auch den Ländern und Gemeinden, in deren Besitz etwa 50 Prozent der gesamten Waldfläche sind und die infolge der bisherigen niedrigeren Preise nicht mehr wie bisher Einnahmen aus ihrer Forstwirtschaft hatten, sondern sogar aus allgemeinen Steuergeldern erhebliche Zuschüsse leisten mußten. Die Bemessung des neuen Schnittholzzolles wird ferner die Beschäftigungsmöglichkeit in der Sägewerke wesentlich heben und damit von unmittelbarer Wirkung auf den Arbeitsmarkt sein, der gerade in der Holzwirtschaft einen besonders hohen Hundertsatz von Arbeitslosen aufweist.“

Die Zollerhöhungen für Rund- und Schnittholz haben es erforderlich gemacht, auch die Zölle für Holzwaren in einem gewissen Maße zu erhöhen. In einer im heutigen „Reichsanzeiger“ erscheinenden Verordnung werden demgemäß unter anderem die Zölle für Furniere, Fässer, Holzwerkzeuge, Türen und Fensterrahmen, Kinderspielzeug aus Holz usw. neu festgesetzt. Es wird gleichzeitig die schon lange erstrebte Neufassung für Kisten und Kistenbretter eingeführt.“

Auf die Erhöhung verschiedener Holzwarenzölle werden wir gelegentlich zurückkommen.

Bechstein in Zahlungsschwierigkeiten

Die Pianofortefabrik C. Bechstein AG. in Berlin hat ihre Zahlungen eingestellt. Sie ist schon vor einiger Zeit an ihre Gläubiger wegen eines außergerichtlichen Vergleichs herangetreten, die Verständigung scheiterte jedoch an dem Widerstand eines Bankengläubigers. Nun hat sie das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Ihre Schulden sollen in die Millionen gehen, doch Genaues weiß die Öffentlichkeit noch nicht, das wird erst in den nächsten Tagen festgestellt werden.

In ihrer Mitteilung an die Presse erklärt die Leitung der Bechstein AG., daß die Notlage der Firma „in erster Linie auf die teilweise Abdrosselung des Exports (verursacht durch die stark prohibitive Zollschranken der wichtigsten Abnehmerländer) und das Absinken der englischen Valuta sowie der an das Pfund gebundenen Währungen zurückzuführen ist“.

Diese Hinweise sind vollauf berechtigt. In diesen Spalten ist in den letzten Jahren mehr als einmal auf den starken Ausfuhrückgang der deutschen Klavierindustrie hingewiesen worden. Auch über die Ursachen dieser bedauerlichen Tatsache sind unsere Leser im Bilde. Im Jahre 1932 konnten nur noch 3395 Klaviere ausgeführt werden, gegen 55 509 im Jahre 1925 und 76 463 im letzten Vorkriegsjahr. Dieser unerhört starke Ausfuhrückgang trifft die deutsche Klavierindustrie um so mehr, da sie sich nur als Exportindustrie zu ihrer einstigen Größe entwickeln konnte. In den letzten Vorkriegsjahren ging fast die Hälfte der deutschen Produktion ins Ausland, und in den ersten Nachkriegsjahren war es weit mehr als die Hälfte.

Zu den Klavierfabriken, die vornehmlich von der Ausfuhr lebten, gehörte auch die Bechstein AG. Ihre Instrumente hatten einen Weltruf. Sie waren mit Recht weltberühmt, wenn aber jetzt in einigen bürgerlichen Zeitungen geschrieben wird, das Bechstein-Klavier sei eigentlich das deutsche Klavier, nur ihm verdanke unsere heimische Klavierindustrie ihren Ruhm im In- und Auslande, so ist das eine Übertreibung. Zu diesem Ruhm haben die Instrumente der Blüthner, Feurich, Förster, Schiedmayer — um nur einige von den Firmen zu nennen, die hier genannt zu wer-

den verdienen — ebenso beigetragen wie die von Bechstein. Der Unterschied ist nur der, daß Bechstein es besser als manche andere Klavierfabrikanten verstanden hat, für sich Reklame machen zu lassen.

Ob diese Art gewünschter oder geduldeter Reklame der Bechstein AG. stets genutzt hat, muß freilich bezweifelt werden. Wir erinnern an die Verbindung eines Bechstein und dessen Frau mit Hitler. In dem Buch von Konrad Heiden „Geschichte des Nationalsozialismus“ heißt es darüber:

„Eine wichtige Rolle haben die Geldzuwendungen von Frau Helene Bechstein, der Gattin des bekannten Klavierfabrikanten, und der Auslandsdeutschen Frau Gertrud von Seidlitz gespielt. Denn mit diesen Geldern wurde der ‚Völkische Beobachter‘ zur Tageszeitung ausgebaut. Das Ehepaar Bechstein wurde mit Hitler durch Dietrich Eckart bekannt, und namentlich Frau Bechstein faßte eine tiefmütterliche Zuneigung zu ihm. Bei späteren Besuchen gab sie Hitler als ihren Adoptivsohn aus, um Zutritt zu bekommen. Bechstein hatte eine offene Hand, wenn Hitler, was oft vorkam, ihn in Berlin besuchte und über die Schwierigkeiten des ‚Völkischen Beobachters‘ klagte. Wenn bare Mittel nicht vorhanden waren, gaben die Bechsteins Hitler Bilder und andere Kunstgegenstände, die dieser dann verkaufte. Ebenso opferbereit war Frau von Seidlitz, die an einer ausländischen Fabrik beteiligt war, buchstäblich alles Entbehrliche für die NSDAP. hergab und auch von finnischen Freunden Geld herausholte.“

Diese Verbindung eines Bechstein mit Hitler ist besonders jenen Volkskreisen seit Jahren bekannt, die als Käufer der guten, aber auch sehr teuren Bechstein-Instrumente in Betracht kommen. Und da die meisten dieser Leute über Hitler und seine „Arbeiterpartei“ eine eigene Meinung haben, ist es sehr wahrscheinlich, daß die Bechstein AG. von der Freundschaft eines ihrer Inhaber mit Hitler mehr Nachteile als Vorteile gehabt hat. Inwieweit die Zahlungsschwierigkeiten der Firma mit den Geldzuwendungen an Hitler im Zusammenhang stehen, kann der Außenstehende schlecht beurteilen. Eine Verbindung zwischen beiden glauben wir aber auch dann vermuten zu dürfen, wenn es richtig ist, daß iener Bechstein schon vor längerer Zeit aus der Firma ausgeschieden ist.

Noch ein anderer Umstand sei hier erwähnt, der an der finanziellen Zerrüttung der Bechstein AG. mitschuldig sein wird. Die Firma beschäftigte einmal etwa 800 Arbeiter, sie war damals die größte deutsche Klavierfabrik. Damals hat sie sich ein so kostspieliges Verkaufsgeschäft, wie sie eins in Berlin W. besitzt, vielleicht leisten können. Was man sich bei 800 Arbeitern leisten kann, geht bei rund 50 Beschäftigten aber nicht mehr. So stark ist die Belegschaft der Bechstein AG. schon seit langer Zeit zusammengeschrumpft; das pompöse Ladengeschäft am Berliner Zoo ist jedoch noch immer dasselbe wie in der „guten, alten Zeit“. Es wird an Miete und Unterhaltung heute fast die ganze Einnahme der Gesellschaft verschlingen. Daraus kann man viele Schlüsse ziehen, nur nicht den, daß die kaufmännische Leitung der Bechstein AG. auf der Höhe ist.

Eine amerikanische Leistung

Das „Holz-Zentralblatt“ läßt sich aus Chikago folgendes berichten: „Chikago, 17. Februar. Regenbogenholz. Auf einer hiesigen Möbelmesse wurde zum erstenmal sogenanntes Regenbogenholz gezeigt, dessen Maserung in den Farben des Regenbogens schillert. Dieser sensationelle Effekt soll durch Injektion farbiger Tinten in noch wachsende Bäume erzielt werden. Es heißt, daß man zwei Jahre dazu braucht, bis der betreffende Stamm von der Flüssigkeit vollkommen durchtränkt ist. Das Verfahren ist natürlich strengstes Geheimnis und soll das Ergebnis zehnjähriger mühseliger Forschung sein.“

Hupfeld-Zimmermann AG.

Die Verwaltung der Leipziger Pianofort- und Phonolafabriken Hupfeld-Gebr., Zimmermann AG. (Sitz Leipzig) hat den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ mitgeteilt, daß ihre Gesellschaft unter den Folgen der Wirtschaftskrise ebenso stark zu leiden habe wie alle anderen Branchenunternehmungen. „Dieser Zustand wird verstärkt durch die fast völlige Exportverhinderung infolge der entstandenen Zollmauern. Im Inland tritt die immer stärker schwindende Kaufkraft und Kauflust in Erscheinung. Die Filialen und Tochtergesellschaften in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Buenos Aires sind aufgegeben worden. Fünf Fabrikbetriebe der Gesellschaft sind inzwischen gänzlich stillgelegt worden. Wenn gleich auch im vergangenen Jahre die Unkosten wieder stark gedrosselt wurden, konnte doch nicht verhindert werden, infolge der oben geschilderten Verhältnisse, daß auch in dem Berichtsabschnitt weitere starke Verluste eingetreten sind.“

Auf diese zu erwartende Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres (Juli 1932 bis Juni 1932) war schon im vorausgehenden Jahre hingewiesen und, soweit übersehbar, Vorsorge getroffen worden durch Errichtung eines Wertberichtigungs- und Delkrederekontos, das in dem abgelaufenen Geschäftsjahr voll in Anspruch genommen werden mußte. Außerdem haben Großgläubiger unter gewissen Bedingungen eine wesentlichen Forderungsnachlaß zugestanden. Der dann noch verbleibende Verlust im Betrage von 50 728 Mk. soll vorgetragen werden. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind unbefriedigend.“

Die Hupfeld-Zimmermann AG. hat jetzt noch zwei Produktionsbetriebe: einen in Leipzig und den anderen in Seiffenhersdorf. In beiden Betrieben zusammen sind gegenwärtig etwa 80 Arbeiter beschäftigt. Im Sommer 1925 standen bei dieser Gesellschaft 2500 Kolleginnen und Kollegen in Lohn und Brot.

Wirtschaftszahlen aus dem Saargebiet

Im Saargebiet, das durch den Versailler Vertrag noch immer von der deutschen Verwaltung getrennt ist, wurde im Juli 1929 eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung durchgeführt. Aus den kürzlich veröffentlichten Ergebnissen der Zählung geht hervor, daß das Saargebiet 1912 Quadratkilometer groß ist und damals 770 030 Einwohner hatte; davon waren 385 679 männlichen und 384 351 weiblichen Geschlechts. Es wurden 27 514 gewerbliche Betriebe gezählt, die zusammen 254 120 Personen beschäftigten. Für die Gruppe Holzindustrie wurden 2220 Betriebe ermittelt mit 544 Personen (Arbeiter, Angestellte und Unternehmer). Einschließlich der Familienangehörigen lebten damals etwa 11 200 Personen von der saarländischen Holzindustrie.

Möbelnot in Rußland

Im Organ der russischen Gewerkschaften „Trud“, wird erneut auf die unzureichende Herstellung von Möbeln für die arbeitende Bevölkerung aufmerksam gemacht. Was seien in den letzten Jahren mehrere Möbelfabriken neu in Betrieb genommen worden, ihre Produktion bleibe hinter der Erwartung aber weit zurück. Die Regierungskommission habe feststellen müssen, daß die Möbelherstellung nur etwa 50 bis 52 Prozent des Produktionsplans erreicht habe. Das sei ein sehr unerfreuliches Ergebnis. Die Hauptschuld liege bei den Arbeitern, denn die Leistung sei außerordentlich klein, andererseits sei die Lohnsumme größer als im Voranschlag. Aber auch die Leiter der Möbelfabriken hätten ihre Pflicht nicht voll erfüllt, weshalb einigen eine Rüge erteilt worden ist. — So berichtet der „Trud“. An einer anderen Stelle meldet er, daß mindestens neue Möbelfabriken gebaut werden sollen, in denen vornehmlich Arbeitermöbel hergestellt werden.



Unterhaltung und Wissen



Andreas Vorlenz und Brigitte

Copyright by Paul Zsolnay Verlag Berlin-Wien

„Was geht dich denn der Jude an? Er sieht im großen, wir im kleinen“, setzte man ihm zu, und Vorlenz wollte schon zur einen, konnte aber nicht zur anderen Hälfte. Da legte Brant das Messer vor ihn hin und wies auf eine Scharte in der Schneide. „Das kommt schon von einer Rippe ... verstehst du mich?“

Ob er verstand. „Na, also!“ lachten alle drei und streckten ihre Hände über den Tisch. Vorlenz schlug ein. Er hätte auch seinen Kopf verschachern müssen. Und da war ihm ein Geschäft doch lieber.

„Es gibt noch mehr Messer in der Sache über diesem da“, warnte Brant. „Und wenn du etwa zündeln gehst, dann ist es dein letzter Gang.“

Vorlenz schwur mit jedem Finger einen Eid auf seine Ehre und war auch schon mit Begeisterung der Vierte im Bund.

Brigitte hatte sogleich weg, daß etwas weggegangen ist. Er schwieg zwar, aber seine Mienen schwätzten, seine Augen redeten, sein ganzes Wesen wurde zum Verrat. Er war ein Fenster, das sich wohl schließen konnte, doch dabei durchsichtig blieb. Brigitte fragte rechts und fragte links. Er wich gewandt und findig aus, ließ aber doch erkennen, daß er die Sache schon beim richtigen Zipfel hatte.

„Sind keine Spitzbuben das und nicht zu verächtlich“, plapperte er und machte sich durch diese Milde verdächtig. Er zeigte sich sonst kein Interesse mehr, damit befreit zu werden.

„Warum soll ich denn? ... Weißt du warum?“

„Herr Stein hat doch gesagt, daß es ... meines dein Schaden nicht sein wird ... und das meine ich, daß du mir dann helfen konntest ... es wird immer schwerer.“

„Ajaja, schon recht. Ich werde auch. Nur weiß ich noch nicht wie. Muß warten. Die Geschichte kann auch anders sein, ganz anders.“

„Kniff aus. Das ließ schon seine Stimme hören. Brigitte hatte verlässliche Ohren davor und fing an, sich insgeheim zu fürchten.“

„Es geschah nichts, blieb alles, wie es war, nur daß Vorlenz keinen Tag ohne Geschenke für die Kinder kam, für Thomas besonders, der ihm doch gar nicht so nahe stand. Einmal war es ein Luftballon, dann eine Mundharmonika, bald dies, bald das, und zu den Wahnachten ist es ein Hutschpferd gewesen, kein schäbiger Gaul aus gestricheltem Holz, sondern ein edles arabisches Hutschpferd, mit echtem Pelz und wirklichem Roßschweif. Thomas ließ sich betören. Er fühlte zwar sein bißchen Unbehagen, als er den Vater küssen mußte, aber es geschah nur einmal, und das Pferd war für immer sein Pferd geworden. Mochte Rese noch so weinen und streiten. Er ritt und sie mußte gehen. Er war der General und sie die Infanterie.“

Brigitte hatte andere Gedanken bei dem Ding.

„Sag einmal, du“, begann sie zögernd und wandte den Vater auf die Seite. Der brauste sogleich zornig auf und sprudelte giftig über:

„Gestohlen. Wo denn sonst her? Doch nicht gekauft? Bin immer schon ein Dieb gewesen. Das meinst du doch. Das liegt dir auf der Zunge. Lüge nicht! Ich kenne deine Mucken. Ich weiß schon, was du von mir hältst.“

Er war nicht zu beruhigen, fing immer wieder davon an und quirlte sich selber auf, schwer beleidigt worden und konnte sich

nicht rächen oder wollte nicht. Er setzte sich an den Tisch, hielt es nicht lange aus, sprang auf, lief hin und her und hatte keinen Platz, sich auszulaufen, ging fort und sagte nicht wohl und hätte, wie er war, auch in den Tod gehen können, ist aber nur in das Wirtshaus gegangen.

Brigitte wartete gepiekt bis zum Morgen. Vorlenz kam nicht nach Hause. Es geschah zum erstenmal und fiel drum schwerer ins Gewicht. Brigitte taumelte in die Fabrik, stand schlaftrunken vor dem Arbeitstisch, füllte Patronen und dachte bei jeder: „Wenn sie doch losginge! Wenn sie mich zerreißen würde! Daß ich tot wäre und nichts mehr wissen müßte!“ Da fiel ihr eine fertige Hülse aus der Hand, rollte über den Boden, gerade unter den Fuß des Aufsehers, und wurde zertreten. Brigitte schloß die Augen, griff sich an die Brust und mußte erst wiederum von sich, als der Mann vorwurfsvoll sagte:



„Passen Sie besser auf! Die Dinger sind kein Spielzeug.“

Als ob nur Kugeln gefährlich wären! Als ob es nicht auch Hutschpferde gäbe, die einem schaden können, seine Seele aufreißen und blutig schinden, eine Hoffnung vernichten und ein Leben zerstören! Als ob man immer nur körperliche Schmerzen leiden würde und das andere nichts wäre. Eine schlechte Laune vielleicht, eine kleine Verstimmung! Brigitte wußte es besser. Sie hätte sich lieber einen Finger abhauen lassen als diese Angst gelitten: „Er stiehlt. Er ist ein Dieb. Und wenn er es noch so leugnet, er hat doch gestohlen.“

Brigitte machte sich für eine Stunde frei und suchte ihn. Vorlenz stand im Hof und zählte, stand wie ein Baum im Wind, wackelte mit dem Kopf und lallte mit Jer Stimme, zählte aber doch sicher und ohne zu stocken. Der Direktor lauerte hinter dem

Unser Sieg — euer Sieg!

**Unser Sieg ist euer Sieg!
Holt heran die Müden, Lauen!
Banner unsres Kampfes, flieg!
Arbeitsmänner, Arbeitsfrauen:
Wer abseits steht,
Sich selbst verrät,
Sich selbst bekriegt!
Gemeinschaft siegt!
Willst du ein müder Sklave sein?
Millionenfach erbraust das Nein! —
Stärkt die Gewerkschaft! Tretetein!**

**Unser Kampf ist euer Kampf!
Helft, den zähen Gegner zwingen.
Macht und Wissen, niemals Krampf,
Werden ihn zu Boden bringen.
Wer kritisiert
Und nicht marschieret,
Wer Phrasen drischt,
Der schafft es nicht!
Willst du ein hohler Schwätzer sein!
Millionenfach erbraust das Nein! —
Stärkt die Gewerkschaft! Tretetein!**

Kurt Kaiser-Blüh

Fenster und rechnete mit. Vorlenz irrte sich nicht. Er war strenger denn je, fuhr seine Leute herrisch an und hielt auf Ordnung wie nur irgendeiner, rügte sogar Brant und ließ sich nicht beschummeln. Er war wohl betrunken, doch sein Dienst ist nüchtern gewesen. Die Spießgesellen wußten schon, wie es gemeint war, und fügten sich gern, um dem Direktor eine lange Nase zu drehen und sich verstohlen in die Faust zu lachen.

Brigitte ging unbemerkt, wie sie gekommen ist. Und das war gut. Vorlenz besaß einen ausgeprägten Sinn für die sogenannte Freiheit des Mannes und duldete keine Einmischung in dieses Vorrecht. „Denn zuerst ist der Adam gewesen und dann die Eva gekommen.“ Im übrigen war er sich selbst genug. Seine Grundsätze standen mit vier Füßen auf der Erde. Das ist nicht immer eine Anerkennung. Er hielt es dennoch dafür und richtete sich auch danach. Sein Weg war vorgezeichnet. Und er ging ihn, ohne sich umzublicken, ohne rechts- oder links hin zu schauen. Es war der einzige Weg und mußte schon deshalb der rechte sein, selbst wenn er ins Unrecht führte. Vorlenz gab nichts auf Worte und hätte so feine Unterschiede wohl kaum verstanden. Er ging und wußte schon wohin.

Zu Hause war ein Unglück geschehen. Thomas hatte sich den Arm verstaucht. Er ist vom Hutschpferd gefallen und hätte sich den Arm auch brechen können. Brigitte war entsetzt und fühlte alle Schuld bei sich. Sie hatte sterben wollen, hatte an die Kinder nicht gedacht und wurde nun bestraft. Das Schicksal war gerecht. Es traf sie mitten in die Brust, dort, wo sie lieblos gewesen ist.

Vorlenz kam mürrisch aus der Fabrik. Er war nicht ausgeschlafen und auch sonst verärgert. Brigitte wollte ihm nicht sagen, wie es eigentlich geschehen und daß es das Hutschpferd gewesen war. Sie hielt es für klüger, davon zu schweigen, und berichtete nur allgemein:

„Er ist gefallen und hat sich den Arm verknackt.“

Vorlenz blickte sie strenge an, jeder Zoll ein Vater, der Rechenschaft verlangt.

„Ich war doch nicht zu Hause“, stammelte Brigitte und gedachte wieder ihrer Schuld.

„Das ist es ja“, fuhr Vorlenz auf und schüttelte die Fäuste in der Luft, „das ist es ja, daß wir verdienen müssen, beide verdienen, unser bißchen Brot zu haben, wenn wir nicht verhungern sollen“, setzte er mit einer Rede ein, die völlig fremd in seinem Munde klang und wahrscheinlich von anderswo hineingekommen ist. Dann erst fragte er ohne viel Neugierde und gewiß nur, weil er sich dazu verpflichtet meinte: „Wo ist es denn passiert?“ Brigitte wollte nicht gleich hören. „Wo es geschehen ist?“ wiederholte Vorlenz und horchte nun schon aufmerksamer hin.

„Vom Sessel“, antwortete Brigitte leise und versteckt.

Man mußte die feinen Ohren dieses Jungen haben, um es auch zu hören. Thomas schnellte hoch, öffnete schon die Lippen, diesen Irrtum aufzuklären, denn es konnte nur ein Irrtum sein, erblickte die Mutter, sah sie beschämt die Augen senken, sah sie blutig erröten und empfand mit Widerwillen, daß er nicht reden sollte, wenn er auch müßte. Ein Zwang bestimmte ihn, ein Schloß versperrte seinen Mund. Was daraus werden konnte, ist noch am selben Abend geworden.

Brigitte hatte den kranken Arm in einen frischen Umschlag gewickelt, setzte sich ans Bett und sagte wie immer gute Nacht. Doch Thomas wollte sie nicht küssen.

„Der Mond schaut zu.“

„Ist doch gar keiner“, lachte die Mutter, zeigte zum Himmel hinauf und lachte.

Thomas blieb ernst, riß die Augen groß auf und sprach mit einer Stimme, in der es verhalten pochte und bebte.

„Er ist heruntergefallen ... Der Mond ist vom Himmel gefallen.“

Wieder lachte Brigitte und hatte kein Arg, was dieser Spaß bedeuten könnte und schon gar nicht, daß es überhaupt kein Spaß gewesen ist. Da schrie Thomas, die Augen voller Tränen und die Stimme voller Wasser:

„Ich hab es gesehen ... selber gesehen ... Der Mond ist heruntergefallen ... vom Himmel gefallen ...“ Er hörte nicht auf zu schreien, fing immer wieder damit an und schnappte nach Luft und dampfte vor Hitze, schrie, was er schreien konnte, nahm keine Worte mehr dazu, schrie nur, schlug mit den Füßen, spuckte und kratzte und war kaum zu kennen, kaum er selber mehr, nur noch ein böser, ungezogener Junge, der Schläge verdiente und nicht früher Ruhe gibt, als bis er sie bekommt.

Die Mutter ließ ihn sein, setzte sich zu Rese an das Bett und erzählte ihr die Geschichte von den sieben Zwergen und der schönen Königstochter.

„Kann ich auch eine werden, wenn ich brav bin?“ fragte das Kind, immer gewohnt, aus allem den Nutzen zu ziehen.

„Was denn?“

„Eine Königstochter.“

„Das kann man nicht wissen, das kann niemand wissen“, schmunzelte Brigitte, streichelte ihr die Haare zurück, suchte Thomas mit den Blicken, beugte sich über Rese und küßte sie.

Eine Weile war es gestorben still um sie alle.

Dann warf sich Thomas hin und schluchzte zum Erbarmen.

„Ich bin ... ja auch ... nicht vom ... vom Sessel ... gefallen.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Kind und der Arzt

Es gibt noch immer gedankenlose Mütter, die das Kind, wenn es einmal ungezogen ist, mit irgend etwas erschrecken, um es damit zur Ruhe zu bringen. Einmal ist es der „schwarze Mann“, dann der Lehrer — und sogar der Arzt muß dazu dienen, die Kleinen bange zu machen. Das Kind vergißt es nicht, daß der Arzt „die Zunge abschneidet“, „ins Bein sticht“ und was man ihm sonst noch alles erzählt hat.

Wie kann denn ein Kind, das den Arzt aufsuchen muß, Vertrauen zu ihm haben? Es kommt verschüchtert und verängstigt in die Sprechstunde, und wenn die Mutter dann auch gut zuredet — die Angst in der Kinderseele blieb zurück.

Es begünstigt das Angstgefühl im Kinde noch mehr, daß dem Gang ein wenig Feierlichkeit anhaftet, weil das Kind vielleicht sein Sonntagsgewand anzieht, vorher noch ein Bad nehmen, saubere Wäsche und dergleichen anziehen muß und ähnliches mehr.

Schreiende, sich heftig wehrende Kinder werden gar zu oft dem Arzt vorgeführt und erschweren ihm ungemein seine Tätigkeit, ja sie machen oft sogar eine regelrechte Untersuchung unmöglich.

Warum das alles? Alle Mütter sollten endlich und immer dafür sorgen, daß in der Kinderstube keine solchen sinnlosen Erziehungsmittel angewandt werden, nicht als Schreckmittel. Niemals sollte auch eine Mutter eine einmal wohl begründete Angst vor dem Arzt nach außen hin zeigen.

Der Arzt sei dem Kinde immer wieder als lieber, alter Freund gezeigt, der einen so sauberen Kittel trägt und der immer hilft, wenn etwas fehlt. Gerade der weiße Kittel, die Tracht des Arztes, hat bei manch kleinen Patienten große Abneigung gefunden, weil er zu ungewohnt erschien. Darum soll die Mutter auch darauf einmal aufmerksam machen.

Ein solches Kind ist bei irgendeiner Erkrankung dem Arzt gegenüber voll Vertrauen, und das bedeutet eine große Mithilfe.

Manche Mutter hilft ja dem Kinde den Gang zum Arzt mit etwas Zuckerzeug versüßen. Wie sie es macht, ist gleichgültig. Nur verbanne sie alle Schreckmittel aus der Kinderstube und stelle den Arzt hin, wie er ist — als guten Helfer des Kindes.

Loni Luxmann.

